

14.09.22**Antrag
des Freistaates Bayern**

Entschlieung des Bundesrates zur Abschaffung der Gasumlage

Der Bayerische Ministerpräsident

München, 13. September 2022

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Bodo Ramelow

Sehr geehrter Herr Prsident,

gemäß dem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung wird die als Anlage
beigefügte

Entschlieung des Bundesrates zur Abschaffung der Gasumlage

mit dem Antrag übermittelt, dass der Bundesrat diese fassen möge.

Es wird gebeten, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 GO BR auf die Tagesordnung
der 1024. Sitzung am 16. September 2022 zu setzen. Es wird sofortige Sachent-
scheidung beantragt.

Mit freundlichen Gren
Dr. Markus Söder

EntschlieÙung des Bundesrates zur Abschaffung der Gasumlage

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Gaspreisanpassungs-Verordnung auf Grundlage von § 26 EnSiG mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Die damit verbundene Erhebung der Gasbeschaffungsumlage soll nicht erfolgen. Grund dafür sind die nach wie vor ungeklärten Fragen und Probleme hinsichtlich der Gasbeschaffungsumlage, die bereits zum 1. Oktober 2022 erhoben werden soll.
2. Die Gasbeschaffungsumlage bewirkt eine weitere Kostensteigerung der privaten und gewerblichen Verbraucher, die sich durch die in den vergangenen Monaten bereits stark gestiegenen Energiekosten ohnehin einer massiven Zusatzbelastung gegenübersehen.
3. Durch die Gasbeschaffungsumlage in ihrer jetzigen Form kommen auch Unternehmen in den Genuss der Umlage, die das Geld tatsächlich nicht benötigen, da sie nicht insolvenzgefährdet sind. Dies steht im Widerspruch zur Verordnungsbegründung, welche den Zweck der Gasbeschaffungsumlage in der Verhinderung insolvenzbedingter Ausfälle von für den Markt wichtigen Gasimporteuren sieht. Der Bundesrat hält es daher für erforderlich, dass zunächst Stabilisierungsmaßnahmen nach § 29 EnSiG vorrangig geprüft werden und zur Anwendung kommen, um tatsächlich nur solche Unternehmen zu unterstützen, die aufgrund der Verwerfungen auf dem Gasmarkt insolvenzgefährdet sind.